

Feminismus und Kapital

Interview mit Jutta von Falkenhausen, Dr. Christine Hohmann-Dennhardt und Dr. Maria C. Schweinberger

Das Interview führte Lucy Chebout, djb-Mitglied, Rechtsanwältin, Berlin.

Liebe Maria C. Schweinberger, Sie haben an der Bucerius Law School und an der Columbia Law School unter anderem bei Katharina Pistor (die ein Buch darüber geschrieben hat, wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft) Jura studiert und dann promoviert. Seit drei Jahren sind Sie Associate am Londoner Sitz einer internationalen Großkanzlei. – Wie sind Sie dazu gekommen und was begeistert Sie daran?

MARIA C. SCHWEINBERGER* (MCS): Ich würde sagen, ein Weg mit ein paar Kurven hat mich dahin geführt, wo ich jetzt bin. Aufgrund meiner Familiengeschichte habe ich mich immer schon für das Thema Geld und Insolvenz interessiert. Meine Eltern kommen beide aus Familien, die seit dem Krieg einen sozialen Aufstieg schaffen konnten. Trotz Erfolg und Sicherheit war und ist das Thema Geldhaben, Geldnichthaben und Insolvenz und damit auch die Angst vor dem Abstieg immer präsent.

Als an der (Bucerius) Law School Insolvenzrecht angeboten wurde (*Karsten Schmidt* hat das damals unvergesslich gemacht!), habe ich einen sachlichen, rechtlichen Zugang zu diesen Themen finden und plötzlich ganz viele Puzzleteile meiner eigenen Geschichte mit meinem Studienfach verbinden können. Die Fragen waren damals z.B. warum kommen manche Menschen durch die Insolvenz an den Abgrund? Warum kaufen andere insolvente Unternehmen für viel Geld? Was ist Sanierung? Und warum muss es in einer Demokratie eine Restschuldbefreiung geben? Als kurz danach im September 2008 die globale Finanzkrise für alle sichtbar wurde, war ich Austauschstudentin in São Paulo. Ich habe beobachtet, dass all die Gesetze, die ich gerade erst kennengelernt hatte, keine ausnahmslose Anwendung fanden. Kohärente Erklärungen gab es dafür damals nur teilweise. Die Menschen in Brasilien waren in großer Furcht, denn sie hatten in den 1980er und 1990er Jahren eine tiefgreifende Schuldenkrise und Inflation erlebt und wussten, wenn die amerikanischen Banken wackeln, wird Brasilien auch große Schwierigkeiten erleben. Diese Beobachtungen haben dazu geführt, dass ich mich in die Materie gestürzt habe und unglaublich viel über das Finanzsystem, Banken, Staatsschulden und internationale Geldströme gelesen habe. Nach einiger Zeit habe ich Menschen getroffen, für die die Finanzkrise ähnlich bedeutend war (z.B. *Katharina Pistor*, aber auch viele andere Begleiter*innen) und die über diese Beobachtungen und die Fragen, die sich daraus ergeben, reden und schreiben wollten. Je tiefer ich in diese Materie eingedrungen bin, desto mehr ließen sich sehr technische Fragen auf die großen Fragen des Zusammenlebens und wie wir uns als Gesellschaft organisieren wollen runterbrechen.

Finanzjargon ist sehr unzugänglich. Unmittelbar dahinter verbirgt sich viel, was ich schon vor meinem Studium während eines

sozialen Jahres in Brasilien beobachtet hatte: steile Hierarchien, wenig Teilhabe, Steuerung aus dem Zentrum, ohne (viel) Mitsprache der Peripherie. Standardisierung. Konvention. Monopolisierung von Wissen. Knappe Ressourcen. Manche sagen, dass die Finanzwelt so organisiert sein muss. Das kann richtig sein. Jedenfalls kann das aber in einer Demokratie und im Rechtsstaat nicht unkommentiert bleiben und muss behandelt werden – wissenschaftlich und politisch. Für mich war immer klar, dass ich da nur mitreden kann, wenn ich in der Praxis bin und zusätzlich zur Sachexpertise eine Innenansicht habe und mir auch Glaubwürdigkeit als Problemlöserin für meinen Mandanten erarbeitet habe.

Wie sieht Ihr Arbeitsalltag konkret aus?

MCS: Konkret praktiziere ich New Yorker Recht in London und berate Investmentbanken meist dabei, wie sie Schuldverschreibungen und Kreditverträge auflegen können, die von internationalen und vor allem von amerikanischen Investoren gekauft werden. Die Bank in London ist dabei eine „Mittelperson“, d.h. sie arrangiert die Finanzierung für ein Unternehmen auf dem Kontinent und sorgt dafür, dass die „Rückzahlungsverpflichtung“ so verbrieft wird, dass auch ein amerikanischer Pensionsfonds das Papier kaufen kann. Zum einen sind das Finanzierungen für Unternehmen, die in ihren Heimatländern weniger Kapital (z.B. weil der Bankensektor am Boden liegt) oder zu anderen Konditionen Kapital bekämen. Zum anderen arbeiten wir an Private Equity Finanzierungen, d.h. wenn ein Private Equity Fonds ein Unternehmen kauft, wird ein Teil des Kaufpreises mit einer Bankfinanzierung bezahlt. In dieser Finanzierung würden wir z.B. die Banken beraten. In der Kurzfassung sage ich oft, dass ich im Maschinenraum des internationalen Finanzsystems arbeite. Als Anwältin bereite ich die Dokumente vor, die anderen erlauben entweder gut zu schlafen oder schnell an den Markt zu gehen (oder beides). Oft sind wir rund um die Uhr im Einsatz, bis so ein Projekt an den Markt geht und dann auch irgendwann wirklich das Geld fließt.

Warum ist Kapitalmarkt und Recht ein feministisches Thema?

MCS: Feministisch ist das alles mindestens aus zwei Gründen: Zum einen, weil ich feministisch bin und diese Energie und dieses Gedankengut mich auf all meinen Wegen begleitet. Der feministische Blick hilft mir oft, Situationen und Dynamiken zu analysieren und zu erkennen, was los ist. Ob das dann immer ausgesprochen wird und wie konkret das zur Handlung führt, ist erst einmal zweitrangig. Zum anderen ist der internationale

* Hier gedruckte Antworten spiegeln allein die privaten Positionen und Meinungen von Maria C. Schweinberger und nicht die ihres Arbeitgebers wider.

Kapitalmarkt ein unglaublich wichtiger Bereich unserer Lebenswirklichkeit im 21. Jahrhundert, auch wenn die meisten Menschen das nicht so wahrnehmen. Dort werden Finanzströme gelenkt, dort wird geschaltet und gewaltet. Da müssen Frauen selbstverständlich dabei sein und nicht nur, indem sie gerade mal so in der Branche überleben, sondern indem sie dort ihren eigenen Stil und ihre eigene Marke aufbauen und unsere Belange als Frauen und als Feminist*innen mit hineintragen.

Liebe Christine Hohmann-Dennhardt, Sie waren lange im Sozialrecht tätig und dann viele Jahre SPD-Ministerin in Hessen. Von 1999 bis 2011 waren Sie Bundesverfassungsrichterin und dort Berichterstatterin für Familienrecht. Danach sind Sie als Vorstandsmitglied erst zu Daimler, dann zu VW gegangen. Wie kam es zu diesem Werdegang?

CHRISTINE HOHMANN-DENNHARDT (CHD): Das Soziale war stets der „rote Faden“ bei meinen beruflichen und politischen Engagements. Das gilt für mein wissenschaftliches Arbeiten, für meine Tätigkeit als Sozial- und Verfassungsrichterin, als Sozialdezernentin in Frankfurt und Ministerin in Hessen ebenso wie für mein Wirken im Vorstand bei Daimler und VW. Den ersten Wechsel vom Richteramt in eine exekutive Leitungsfunktion wagte ich, weil ich nach acht Jahren Rechtsprechung den Wunsch hatte, (rechts)gestaltend Dinge zum Besseren, zu mehr Berücksichtigung sozialer und Gemeinwohlinteressen voranzubringen. Das ist mühsam und gelingt nicht immer, aber doch des Öfteren. Und wenn der Erfolg eintritt, dann freut man sich umso mehr über das Erreichte und weiß, es hat sich gelohnt.

Ich hatte nicht geplant, nach meiner Zeit als Bundesverfassungsrichterin „in die Wirtschaft“ zu gehen. Es war *Dieter Zetsche*, der mich aus jahrelanger Zusammenarbeit im Universitätsrat der TU Karlsruhe (heute KIT) kannte und mich fragte, ob ich mir vorstellen könnte, in den Vorstand von Daimler zu kommen und dort für Integrität und Recht verantwortlich zu sein. – Das konnte ich, denn ich fand es spannend und der Mühe wert, in einem kapitalorientierten Konzern dafür Sorge zu tragen, dass das Recht dort nicht nur als Ermöglicher für lukratives Geschäftemachen zum Einsatz kommt, sondern dass gerade auch die in den universalen Grund- und Menschenrechten enthaltenen Wertmaßstäbe das Handeln im Unternehmen leiten und ihm Grenzen setzen. Sicherlich treffen dabei oftmals scheinbar widerstreitende Interessen (Gewinnstreben versus Recht und Moral) aufeinander. Aufgabe und Kunst ist es hier, konkrete Wege zu finden, die beiden Interessen Rechnung tragen und so nachhaltig zum Erfolg führen.

„Rechtschaffen und anständig im doppelten Wortsinn Geschäfte machen“, von dieser Devise muss man insbesondere die Spitze eines Unternehmens überzeugen und es dann schaffen, dass dies die praktische und anerkannte Marschroute für das unternehmerische Handeln wird.

Das manager magazin schrieb 2019 über Sie: „Bei Daimler kümmerte sie sich um den Schmiergeldskandal, bei Volkswagen um den Dieselskandal. Sie verließ den Konzern mit einer 12,5-Millionen-Abfindung.“

CHD: Was das Finanzielle betrifft: Sowohl bei Daimler als auch bei VW war ich die erste und einzige Frau im Vorstand. Aufgrund meines schon immer praktizierten feministischen Engagements habe ich – bei allem berechtigten Hinterfragen der Höhe von Vorstandsgehältern und Boni – zu Vertragsschluss die klare Forderung gestellt, mit meinen männlichen Vorstandskollegen gleichbehandelt zu werden, denn „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt auch hier. Und als man mich bei VW anders als bei Daimler nicht machen ließ, was ich für notwendig erachtete, und ich dies nicht mehr verantworten konnte, bin ich gegangen und habe mein Recht auf Vertragserfüllung geltend gemacht. Ich sehe nicht ein, gerade als Frau darauf verzichten zu sollen. Dass dies eine Welle der Empörung auslöste, zeigt nur, dass Frauen immer noch mit anderem Maß gemessen werden als Männer, denen applaudiert wird, wenn sie auf ihrem Recht beharren und sich als durchsetzungsstark erweisen.

Hat sich Ihr Blick auf das Recht durch die wirtschaftlichen Perspektiven verändert?

CHD: Mein Blick auf das Recht hat sich erweitert. Zum einen bin ich tief ins Unternehmens- und Wirtschaftsrecht eingestiegen, zum anderen musste ich mich mit den weltweit unterschiedlichen Rechtssystemen und mit dem supranationalen Recht befassen. Das ist sehr spannend und wirft die Frage auf, an welchen Rechtsmaßstäben das Unternehmen sich orientiert. Nehmen wir als Beispiel das Arbeitsrecht: Hier kann man dem Rechtsstandard des jeweiligen Landes folgen oder den Vorgaben der ILO, die in vielen Ländern Arbeitnehmern besseren Mindestschutz bieten. Hier sieht man, dass in unternehmerische Entscheidungen durchaus auch soziale Aspekte hineinfließen können. Denn es liegt durchaus im unternehmerischen Interesse, Grund- und Menschenrechte zu berücksichtigen. Nicht nur, weil man so „edel“ ist, sondern weil man selbst angelernte bzw. ausgebildete Arbeitnehmer dauerhafter an sich binden will, weil man wegen (Menschen)Rechtsverletzungen (z.B. Kinderarbeit, Korruption) nicht an den Pranger gestellt werden will. Dies wäre heutzutage schlecht fürs Geschäftemachen, denn die Gesellschaften sind im Hinblick auf solche Verstöße sensibler geworden und die Kunde davon verbreitet sich in Windeseile dank IT weit über nationale Grenzen hinaus. Das schreckt nachweisbar auch potenzielle Kunden ab, jedenfalls bei Markenwaren. Dazu kommt die Gefahr, zu inzwischen sehr hohen Strafen herangezogen zu werden, siehe z.B. das Kartellrecht, das weltweit bei Verstößen immer schärfer geworden ist und sich angeglichen hat. Natürlich spielen bei Unternehmensentscheidungen die Gewinnmargen, die man anstrebt, eine gewichtige Rolle. Man ist aber auf nachhaltigen Erfolg bedacht und hat deshalb die Risiken von Rechtsverstößen zu vermeiden, die zu Erfolgseinbrüchen führen können. Das Recht und auch die Menschenrechte setzen insofern durchaus dem unternehmerischen Handeln Grenzen. Man muss allerdings Sorge dafür tragen, dass dies und der Schaden, der eintritt, wenn man es vergisst, immer wieder in das Bewusstsein der Führungskräfte gebracht und der Arbeitnehmerschaft der Rücken gestärkt wird, sich an das Recht zu halten. Dies war in beiden Unternehmen meine Aufgabe. Dass trotz aller Ansagen und Vorgaben Rechtsverstöße begangen werden, kann allerdings weder in Unternehmen noch in Gesellschaften gänzlich verhindert werden.

Liebe Jutta von Falkenhausen, Sie sind unter anderem Mitbegründerin von FidAR – Die Initiative für mehr Frauen in die Aufsichtsräte. Als Rechtsanwältin beraten Sie u.a. vermögende Personen (als Stifter*innen oder Spender*innen) „bei der Strukturierung und Umsetzung gemeinnützigen Engagements“. Sie engagieren sich auch privat philanthropisch in den Bereichen Kultur, Bildung und Internationalität. Was ist der Hintergrund Ihres persönlichen und beruflichen Interesses für das Thema Frauen, Geld und gemeinnütziges Engagement?

JUTTA VON FALKENHAUSEN (JvF): Im Zentrum steht für mich erst einmal das Engagement für Frauen. Mich dafür einzusetzen, dass Frauen sich überall behaupten und ihr Potenzial entfalten können, nicht von gläsernen Decken oder „gläsernen Labyrinthen“ (Alice Eagley) gebremst werden. Das steht und stand bei FidAR im Vordergrund, aber auch in anderen Kontexten, etwa in vielen Mentoring-Beziehungen oder meiner Begleitung des Centre for Feminist Foreign Policy, einem aktivistischen Think Tank, der sich für eine feministische Außenpolitik stark macht.

Das Thema Geld bzw. Frauen und Geld spielt bei diesem Engagement für die (Selbst)-Ermächtigung von Frauen erst einmal keine Rolle. Darauf wurde ich aufmerksam, als ich beruflich und privat mehr und mehr mit den Themenbereichen Gemeinnützigkeit, Spenden und Stiften zu tun bekam und merkte, dass Frauen hier tendenziell andere Herangehensweisen haben als Männer. – *Für alles, was ich typisierend sage, möchte ich einen Disclaimer voranstellen: Natürlich gleichen nicht alle Frauen und alle Männer einander, sondern es überschneiden und verschränken sich Eigenschaften, es verhalten sich Frauen oft so, wie man es typischerweise von Männern erwarten würde, und umgekehrt. Es kann also nur um eine Typisierung aufgrund gehäufter Beobachtungen gehen, nicht um Aussagen über „die Frau“, „den Mann“ oder eine bestimmte Person.*

Nach meinem Eindruck sind Frauen oft zögerlicher mit dem Geld-Ausgeben für gemeinnützige Zwecke, umgekehrt aber auch bescheidener, wenn es darum geht, Geld für gemeinnützige Anliegen einzusammeln. Das von Christine Hohmann-Dennhardt angesprochene Phänomen, dass Frauen weniger fordern, dies aber auch von ihnen erwartet wird, gibt es also auch im gemeinnützigen Sektor. Nach meiner Beobachtung ändert sich das langsam. Wohlhabende Frauen sind sich zunehmend bewusst, dass sie mit ihrem Geld Wirkung erzielen können. Und sie fangen an, ihr Spenden-Geld auch und gerade für Anliegen von Frauen wirksam werden zu lassen. Dafür ist es höchste Zeit. Der Anteil an Spenden für Organisation, die Frauen und Mädchen unterstützen, ist extrem gering – in den USA waren es 2019 gerade einmal 1,6 Prozent aller Spenden an gemeinnützige Organisationen.

Mein Eindruck ist auch, dass viele Frauen meiner Generation (die „Baby Boomer“) aus einer Unzufriedenheit mit der nach wie vor großen Ungleichheit bezüglich der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen heraus anfangen, feministische Bewegungen und Organisationen finanziell zu unterstützen.

Warum ist die Beziehung von Frauen zu viel Geld offenbar schwierig bzw. warum fällt es vielen von uns leichter, über die Armutsriski von Frauen zu sprechen, als über ihr Vermögen?

JVF: Eigentlich müsste Geld ein feministisches Thema sein. Ist nicht das Streben nach finanzieller Unabhängigkeit von Frauen eine der Triebfedern des Feminismus? Finanzielle Unabhängigkeit, typischerweise durch eigene, hinreichend erfolgreiche Erwerbstätigkeit, ein Kernanliegen der Emanzipation? Vielleicht sprechen wir mehr von Armut, weil sich daraus unmittelbar ein Impetus anschließt zu handeln, helfen zu wollen, Armut zu lindern bzw. Strukturen zu ändern, die zu Armut besonders bei Frauen führen. Also ein Stück weit aus einem typisch weiblichen Kümmer-Instinkt.

Frauen „outen“ sich vielleicht auch deshalb ungern als reich oder wohlhabend, weil das in unserer Gesellschaft oft Hierarchien impliziert, die in weiblichen Netzwerken nicht gewünscht werden oder auch sanktioniert sind. Wir kennen, denke ich, dieses Verdrängen von Unterschieden in Frauennetzwerken, das wirksames weibliches Netzwerken im Vergleich zu klassischen männlichen Vernetzungsstrategien erschwert.

Hinzu kommt die spezifisch deutsche „Neidkultur“. Die gilt zwar grundsätzlich für Männer und Frauen, aber Frauen sind in ihrer Mehrheit empfindlicher dafür, haben größere Angst davor, von anderen Frauen aus ihrem Umkreis negativ gesehen zu werden. Jedenfalls in den USA, wo ich einige Zeit verbracht habe, ist das anders. Es ist nach meiner Einschätzung eine Frage der grundsätzlichen Einstellung. In den USA wird einer reichen oder wohlhabenden Person erst einmal unterstellt, dass sie ihr Geld auch verdient hat. In Deutschland findet man sich zu oft mit der unausgesprochenen Haltung konfrontiert, dass Wohlstand illegitim und im Zweifel unredlich erworben ist. Natürlich dauert der Weg von der Tellerwäscherin zur Millionärin auch in den USA inzwischen Generationen, aber er ist dort ein legitimes und auch erstrebenswertes Ziel.

CHD: Ich stimme Ihnen zu, dass finanzielle Unabhängigkeit eine wesentliche Voraussetzung für Emanzipation ist. Das gilt für Frauen wie auch für Männer. Doch wenn es um viel Geld geht, das man hat, schmückt dies einen Mann, er wird dafür bewundert und erscheint attraktiv. Bei Frauen sind auch Frauen da immer noch skeptisch nach dem Motto: Steht ihr das überhaupt zu? Deshalb glaube ich scheuen Frauen das Thema Einkommen und Vermögen noch etwas. Mein Eindruck ist aber auch, dass jüngere Frauen mit diesem Thema heute offener und unverkrampfter umgehen, das freut mich sehr, denn dies ist eine der Voraussetzungen dafür, dass es mit der Forderung nach Lohngleichheit vorangeht.

Ob man von einer typisch deutschen Neidkultur sprechen kann, weiß ich nicht. Sicherlich empören sich Menschen über sehr hohe Gehälter, aber nicht unbedingt aus Neid, sondern weil sie die zum Teil krassen Unterschiede bei der Bezahlung von Arbeit nicht akzeptieren, was verständlich ist. Interessant ist dabei, dass solche Empörung bei professionellen Spitzensportlern mit oft noch höheren Gehältern besonders im Fußball kaum aufkommt.

Ist das nicht aber eine berechtigte und wichtige Kritik, dass bestimmte Arbeiten so viel besser entlohnt werden als andere?

Was rechtfertigt es beispielsweise, dass die Krankenschwester deutlich weniger verdient als die Associate in der Großkanzlei?

CHD: Es ist ein Relikt aus vergangener, aber immer noch nicht ganz überwundener Zeit, dass soziale Arbeit deutlich geringer bewertet und bezahlt wird als andere Tätigkeiten: Frauen wurden als minderwertig betrachtet und damit auch ihre Arbeit. Soziale Berufe waren es, die ihnen zuerst eröffnet wurden, weil man meinte, sie entsprächen weiblichen Eigenschaften am ehesten. So entstand ein frauenspezifischer Arbeitsmarkt mit schlechten Löhnen, die Männer mieden und Frauen benötigten. Dieses Grundübel wirkt sich noch heute aus. Dazu kommt, dass körperliche Arbeit traditionell ebenfalls schlechter bewertet wird als geistige Arbeit. Als Einzelner kann man sich dem nicht entziehen. Um hier Veränderungen herbeizuführen bedarf es einer gesellschaftlichen und politischen Debatte über die Wertigkeit von Arbeit und einer Neustellung. Wie zäh die Widerstände hier sind, zeigt sich derzeit: Da wird den Pflegenden (ganz überwiegend Frauen) in Corona-Zeiten für ihre aufopferungsvolle Arbeit applaudiert, aber kirchliche Verbände legen sich quer, wenn es um die allgemeinverbindliche tarifliche Absicherung von besseren Gehältern für Pflegende geht. Der auch verfassungsrechtlich geforderte Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist noch lange nicht umgesetzt. Dabei soll nicht verhehlt werden, dass Frauen auch des Öfteren zu bescheiden sind, wenn es um Gehaltsforderungen geht. Auch das sollte sich ändern, mit Transparenz und geballter Frauensolidarität. Männer sind m.E. zur Unterstützung hierbei durchaus erwünscht.

MCS: Soziale Ungleichheit wächst und ist einer der Gründe dafür, dass viele Arbeiten nicht wertgeschätzt und angemessen entlohnt werden – weder mit Geld und anderen materiellen Ressourcen noch mit gesellschaftlicher Anerkennung. Das ist ein riesiges Problem unserer Zeit. In Deutschland ist dieses Problem noch relativ mild, wenn man die Situation z.B. mit den Vereinigten Staaten oder dem Vereinigten Königreich vergleicht. Es besteht dringender Handlungsbedarf, nicht nur weil die Situation schon beunruhigend ist, sondern weil die Digitalisierung von vielen Arbeiten große Teile der Bevölkerung durch Maschinen ersetzbar machen wird. Wie werden diese Menschen dann ihren Tag verbringen und ihren Unterhalt verdienen?

JVF: Jedenfalls in der Privatwirtschaft hängen Geld und Anerkennung der Leistungen sehr eng zusammen, so dass es wichtig ist, dass wir Frauen eine angemessene Vergütung fordern und zwar nicht eine „für Frauen angemessene“ – da erlebt man ja immer noch erstaunliche Vorurteile – sondern schlicht Bezahlung (und hierarchische Position) entsprechend dem, was ein Mann in ähnlicher Position erhalten würde. Solche Forderungen kommen leider nicht immer gut an.

Wie offen sprechen Sie persönlich und ganz konkret in feministischen Zusammenhängen über Geld?

CHD: Ich habe über den Zusammenhang von Geld und Unabhängigkeit schon immer gesprochen. Da ich die meiste Zeit meines Berufslebens im Öffentlichen Dienst verbracht habe, wäre es töricht gewesen, nicht über mein Einkommen zu reden, denn jeder kann ja nachschlagen, wieviel eine (Verfassungs-)Richte-

rin, eine hauptamtliche Stadträtin oder eine Landesministerin verdient. Auch die Höhe von Vorstandsgehältern kann man in den Geschäftsberichten nachlesen. Bei mir stand sie (nicht immer richtig) sogar in den Zeitungen. Da brauchte ich gar nicht selbst darüber zu sprechen, man sprach mich vielmehr darauf an. Auf beleidigende Nachfragen habe ich nicht reagiert, man kommt da nur in eine falsche Verteidigerrolle, aber auf interessierte schon. Da konnte ich klarstellen und Zusammenhänge erklären, was oftmals auf Verständnis stieß, insbesondere bei Frauen.

Ansonsten kann ich nur sagen, wenn es einem vorrangig um Geld geht, sollte man nicht wie ich den größten Teil seines Berufslebens im Öffentlichen Dienst verbringen. Dort verdient man zwar – jedenfalls in höheren Rängen – durchaus gut und auskömmlich, aber weit weniger als in großen Unternehmen oder Rechtsfirmen. Den Schritt in die Wirtschaft habe ich wegen der reizvollen Aufgabe in oberster Führungsposition getan, aber ich leugne nicht, dass viel Geld zu haben durchaus angenehm ist: Es gibt Sicherheit und erweitert die Handlungsmöglichkeiten – auch die, anderen Gutes zu tun.

JVF: Ich spreche relativ häufig über Geld, vor allem, wenn es um die Förderung von Frauen und Projekten für Frauen geht. Da finde ich bei vielen frauenpolitisch bewegten Frauen Zustimmung und eine grundsätzliche Bereitschaft, ihren Worten und Überzeugungen auch Geld folgen zu lassen. (Die Bereitschaft wird dann allerdings leider zu oft nicht umgesetzt.) Aber auch schon bevor ich mich intensiver philanthropisch engagiert habe, habe ich Geld als Voraussetzung für Unabhängigkeit, auch von Großzügigkeit gegenüber anderen, gesehen und dies auch angesprochen.

MCS: Unter Freund*innen und Kolleg*innen durchaus und auch eher mit steigender Frequenz. Das Thema ist zentral, denn, wie *Jutta von Falkenhausen* sagt, jedenfalls in der Privatwirtschaft hängen Geld und Anerkennung der Leistungen sehr eng zusammen.

Aus Nachwuchsperspektive: Wie wichtig sind Netzwerke und Förderstrukturen? Gibt es Personen, die Sie besonders inspirieren oder unterstützen?

MCS: Dazu kann ich nur sagen, dass es aus meiner Sicht immer eine Mischung zwischen institutioneller Förderung und individueller Förderung sein muss. Das kann ein Sportverein sein, wo ein Kind oder ein*e Jugendliche*r einen Trainer*in trifft und lernt Teil einer Gruppe zu sein. Natürlich auch finanzielle Unterstützung durch ein Stipendium oder eine Stiftung. Das kann auch eine Musiklehrerin oder eine Doktormutter oder ein gutes Gespräch mit einer Zufallsbekanntschaft sein. Langfristige Beziehungen, in denen das Vertrauen wächst und ein sicherer Raum für Kritik und Denkanstöße entsteht, sind natürlich Gold wert. Das Wichtigste ist aber meines Erachtens eine gewisse Demut, Offenheit und Berührbarkeit, die man selbst und auch die unterstützende Person mitbringt. Wer mich inspiriert oder fördert, lässt sich gar nicht so runterbrechen, weil es im Endeffekt eine große Gruppe von Menschen ist, der ich sehr viel zu verdanken habe, jeden Tag aufs Neue. Gleichzeitig muss ich aber auch sagen, dass ich auf eine sehr vertraute, kleine Runde immer wieder zurückkomme, wenn es darum geht neue Ideen zu testen, nächste Schritte zu planen oder in der Krise Zuspruch und Perspektive brauche. Was all diese

Menschen eint, ist diese Menschlichkeit und Berührbarkeit, von der ich spreche, und der Glaube, dass sich harte Arbeit lohnt.

Inwiefern hilft es für die feministische Arbeit im Maschinenraum des internationalen Finanzsystems, wenn eine Person wie Christine Hohmann-Dennhardt die erste Frau im Vorstand ist?

MCS: Wer im Vorstand ist oder nicht, spielt im Arbeitsalltag eine herausragende Rolle, wenn es um die Kultur einer Organisation geht und die strategische Ausrichtung. Wichtig ist aber nicht nur, dass Frauen sichtbar sind, sondern auch, dass sie ihre Rolle ausfüllen. Ich habe es schon erlebt, dass eine Frau in einer Führungsrolle war und ich mich an ihr orientiert habe und dann sehr enttäuscht war, als sie auf einer Podiumsdiskussion gesagt hat, Geschlechterdiskriminierung und Frausein haben in ihrem Leben noch nie eine Rolle gespielt. Das mag im Einzelfall natürlich stimmen, aber das war weder inspirierend noch hat es Mut gemacht. Dasein und Sichtbarkeit allein reichen nicht. Es gehört noch mehr dazu und das gilt für alle Führungskräfte, nicht nur Frauen: Wenn man über den eigenen Weg (möglicherweise inkl. Fehler und Irrtümer) erzählt, kann man Menschen mitnehmen, Werte vermitteln, ein konstruktives Arbeitsklima schaffen. Menschen werden nur ihr Bestes geben, wenn sie sich selbst einbringen können als, wer sie sind, und mit den (Lebens-)Erfahrungen, die sie persönlich mitbringen, gesehen werden. Es ist also tatsächlich wichtig, wenn eine Person wie *Christine Hohmann-Dennhardt* die erste Frau im Vorstand ist. Und, das muss ich auch noch sagen: Vor diesem Hintergrund schießt diese ganze alte Diskussion um „Quotenfrauen“ (d.h. ob es sie gibt, was ihr Beitrag ist, ob sie legitim sind etc.) am Ziel vorbei. Sichtbarkeit und Repräsentanz sind ja nur die eine Seite der Medaille, die immer besprochen wird in dieser Diskussion, und wo die Antwort meines Erachtens ein klares Ja sein muss. Die andere Seite der Medaille ist, wie die jeweilige „Quotenfrau“ ihre Rolle ausfüllt. Da spielt meines Erachtens die Musik, gerade wenn wir unter Frauen reden.

CHD: Ich hatte nie ein Problem damit, als Quotenfrau zu gelten. *Hans Eichel* wollte 1991 als politisches Signal ein paritätisch besetztes Kabinett und hat sich deshalb nach qualifizierten Frauen umgeschaut. Ist das ein Makel für die dann ernannten Ministerinnen? Es war politischer Wille der SPD, an die Spitze des Bundesverfassungsgerichts endlich einmal eine Frau zu setzen. War *Jutta Limbach* eine bedauerliche Quotenfrau oder nicht vielmehr eine wunderbare, herausragende Präsidentin? Daimler wollte mit mir in einer schwierigen Situation des Unternehmens zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: eine vertrauenswürdige und rechtskompetente Person von außen und noch dazu die erste Frau im Vorstand. So what? Das war für mich Ansporn, unter Beweis zu stellen, was ich kann. Ja, es ist gut, wenn man Frauen aus eigener Einsicht Entscheidungspositionen überträgt, aber wenn dies nicht geschieht und Frauen in Vorständen oder auch Parlamenten gar nicht vorhanden oder deutlich unterrepräsentiert sind, dann sind Quoten oder die Forderung nach Parität ein Mittel zu mehr Gleichberechtigung. M.E. mindestens gleich wichtig sind verpflichtende wie realistische Zielvorgaben wie z.B. den Frauenanteil auf den einzelnen Führungsebenen bis hin zur Spalte in meinewegen fünf Jahren von x nach y zu steigern

und jedes Jahr darüber Rechenschaft abzulegen, wie weit man bisher vorwärts gekommen ist. Das geht nur mit einer gezielten Personalpolitik und ist meiner Erfahrung nach durchaus erfolgreich, wenn man es ernst meint oder dazu angehalten wird. Im Übrigen möchte ich unterstreichen, was Sie sagen. Es reicht nicht, als Frau den Vorstand zu „schmücken“. Gerade den Frauen in Unternehmen macht es Mut, wenn eine Frau es geschafft hat, im Vorstand Platz zu nehmen, und sie setzen darauf, dass sie nun dort eine Fürsprecherin haben. Das sollte eine Vorständin beherzigen, mit Frauenzusammenschlüssen im Unternehmen, die es gibt, zusammenkommen und sich in und neben ihrem Verantwortungsbereich der Förderung von Frauen widmen.

JVF: Ich kann Ihnen nur vollständig zustimmen. Die Diskussion wird – nicht nur von manchen Männern, sondern besonders gerne von Jungunternehmerinnen mit Familienunternehmen im Hintergrund – oft mit dem vergifteten Lob geführt: „Du hast es doch nicht nötig, eine Quotenfrau zu sein“. Diesem Duktus und dieser Unterstellung müssen wir uns schon im Ansatz verweigern! Quoten sind schlicht ein Instrument der Sichtbarmachung der vielen exzellent qualifizierten und geeigneten Frauen und machen es leichter, dies als Normalität zu sehen.

Wie Sie sagen, ist es auch wichtig, dass die Frauen sich als Rollenvorbilder verstehen und die Rolle annehmen und keine Angst haben, sich mit anderen Frauen im Unternehmen und außerhalb zu vernetzen. Das ist gerade in der älteren Generation leider häufig. Man trifft dann die (meist unausgesprochene) Haltung „Ich habe es schwer gehabt, warum sollen die nachfolgenden Frauen es leichter haben?“. Biografisch mag dies verständlich sein, aber es ist nicht nur nicht hilfreich, sondern wirft Frauen noch weiter zurück. Männer sind nach meiner Beobachtung solidarischer. D.h. wenn wir Frauen – die im Unternehmenskontext in Machtpositionen sowieso schon in der Minderheit sind – nicht ganz besonders solidarisch miteinander sind, haben die Frauen hier auch in Zukunft keine Chance auf Akzeptanz und ein „level playing field“.

Erlauben Sie mir, das Stichwort Intersektionalität einzuwerfen: Wie reagieren Sie auf die Kritik, dass Quoten nur wenigen und den in vielerlei Hinsicht ohnehin privilegierten Frauen nützen, also der weißen, heterosexuellen, able-bodied usw. Frau?

CHD: Ich weise diese Kritik zurück, nicht, weil ich eine weiße heterosexuelle Frau bin und nicht sehen will, dass die Chancen auch zwischen Frauen ungleich verteilt sind, sondern weil die Kritik einäugig ist, Frauen gegeneinander aufbringt und die eigentlichen Ursachen für diese Ungleichheiten ausblendet. Geht es um die Besetzung von Spitzenpositionen in Wirtschaft und Verwaltung, dann haben zwar derzeit noch deutlich mehr Männer als Frauen eine Chance, dorthin zu gelangen, aber der Großteil der Männer kommt hier auch nicht zum Zug. Gründe hierfür können soziale Herkunft, mangelnde Förderung, geringere Talente, Defizite im Bildungssystem, weniger Ehrgeiz und Leistungsbereitschaft, unglückliche Konstellationen (angestrebte Positionen, für die man eigentlich qualifiziert ist, werden längere Zeit nicht frei), Diskriminierung wegen des Geschlechts oder der Hautfarbe und vieles mehr sein. Um hier mehr Menschen bessere Chancen für einen sozialen und beruflichen Aufstieg zu geben, ist Armut zu

bekämpfen, sozialer Ausgleich zu schaffen, eine Bildungslandschaft vonnöten, die nicht selektiert, sondern alle fördert und durchlässig ist, und ein striktes Vorgehen gegen Diskriminierungen jeglicher Art, nicht aber Frauenquoten schlecht zu machen, die Frauen auf allen Ebenen endlich Chancen einräumen sollen, die ihnen bisher verwehrt wurden. Außerdem sollte nicht verkannt werden, dass eine Frau in Führungsposition, wenn sie ihrer Verantwortung gegenüber ihren Geschlechtsgenossinnen Rechnung trägt, durchaus Frauen nicht nur Mut machen, sondern ihnen auch bei Fragen der Entlohnung, bei der Kinderbetreuung und beim beruflichen Aufstieg weiterhelfen kann.

MCS: Die Kritik lässt sich wahrscheinlich durchaus empirisch belegen und hat daher ihre Berechtigung. Ich finde aber auch, dass sie kein berechtigtes Argument gegen die Quote an sich ist, die sehr wichtig ist! Mir scheint, es ist komplexer. Wie ich sie verstehe, sagt die Diskussion um Intersektionalität, es reicht nicht allein auf das Merkmal „Frausein“ zu schauen, wir müssen auf mehrere Merkmale schauen, denn jede Person ist automatisch immer Teil von mehreren Gesellschaftsgruppen. Das ist richtig. Aber die Frage ist, auf welche Merkmale sollten wir in welchem Kontext schauen? Ist es in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft erstrebenswert, dass jede Person verpflichtet ist, bestimmte Merkmale offenzulegen? Was muss gesetzlich geregelt werden und was lässt sich schon durch einen offenen gesellschaftlichen Diskurs erreichen? – Die frustrierende Realität ist derzeit: Frauen sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung und haben daran gemessen wenig Teilhabe.

JVF: Intersektionalität ist ein wichtiger Aspekt und es gibt blinde Flecken, auf die wir achten müssen. Das Argument der Intersektionalität kann aber auch zum Bumerang werden. So erlebe ich es leider nicht selten, dass legitime Anliegen – etwa die Stärkung von Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen – mit dem Zwischenruf „Wir müssen aber intersektional denken“, delegitimiert werden. Es heißt dann, dies diene ja nur der Minderheit sowieso schon privilegierter weißer Frauen. Das verletzt, schwächt die Solidarität unter Frauen und ist auch nicht zielführend. Um beim Beispiel Frauen in Führungspositionen zu bleiben, negiert es die gerade von *Maria Schweinberger* beschriebenen positiven Auswirkungen von starken weiblichen Führungspersönlichkeiten auch auf die weniger „privilegierten“ Frauen und die Gesamtkultur im Unternehmen. Alles auf „Privilegien“ zurückführen zu wollen, ist im Übrigen auch nicht angemessen. Damit werden die erheblichen, oft überobligationsmäßigen Leistungen negiert, die Frauen erbracht haben, um dahin zu kommen, wo sie sind. (Dies ist übrigens auch gegenüber so manchem „alten, weißen Mann“ durchaus ungerecht.)

Wir müssen uns als Gesellschaft für größere Chancengleichheit vor allem in der Bildung einsetzen. Da gibt es viel Handlungsbedarf. Aber ich glaube trotzdem, dass wir an dem grundsätzlichen Gedanken, dass Bildung, persönlicher Einsatz und der Ehrgeiz, durch Anstrengung, Intelligenz, auch soziale Intelligenz, Ziele zu erreichen, festhalten sollten. Das wird heute oft mit dem Verweis auf „Privilegien“ abgetan. Natürlich müssen wir feststellen, dass nicht jeder dieselbe Ausgangsposition hat. So sind m.E. Eltern, denen eine umfassende Bildung ihrer Kinder wichtig ist, ein entscheidender Erfolgsfaktor. Und so braucht es für Erfolg

auf bestimmten Gebieten besondere Talente, geistige oder körperliche Fähigkeiten, die nicht jeder hat. Das können wir aber nicht dadurch ändern oder ausgleichen, dass wir denjenigen, die diese Fähigkeiten oder eine gute Ausgangsposition zur Entfaltung bringen wollen und können, die Legitimation absprechen. Im Umgang mit eigenen Privilegien muss es m.E. vor allem darum gehen, diese verantwortungsvoll und mit Rücksicht auf andere zu nutzen und Respekt vor jedem einzelnen Menschen und seinen individuellen Schwächen und Stärken zu haben.

Welche Beziehung zu Geld und Kapital bräuchte es also Ihrer Meinung nach in feministisch-juristischen Communities?

MCS: Das erste Wort, das mir in den Sinn kommt, ist „aufgeschlossen“. Es braucht ein aufgeschlossenes Verhältnis von Frauen zu Geld und Kapital, damit ein pragmatischer Umgang möglich wird und Geld und Kapital als Mittel zum Zweck benutzt werden können, die Gesellschaft zu bauen, in der wir alle in Würde leben können.

CHD: Geld, rechtmäßig erworben, ist an sich nichts Anrüchiges. Im Gegenteil, gerade Frauen (sollten) wissen, dass eigenes Geld sie unabhängig(er) macht. Frauen, die wegen der Kinderbetreuung ihre Erwerbsarbeit aufgeben und deshalb nicht oder nur wenig über Geld verfügen, erleben oft ein böses Erwachen, wenn eine Ehe zerbricht und sie dann in erbitterten Unterhaltsstreitigkeiten um ihre Existenzsicherung kämpfen müssen. Geld ist insofern ein Ermöglicher für eine gute Lebenssituation. Mit Skepsis und Kritik sollte man ihm dort begegnen, wo Geld zum Machtmisbrauch gegenüber anderen benutzt wird und seine Verwendung nicht mehr gemeinwohlverträglich ist. Aber eigentlich ist dann die Kritik nicht an das Geld zu richten, sondern an diejenigen, die derart handeln und diejenigen, die dies zulassen. Geld ist also nicht das Problem, sondern seine ungleiche Verteilung und seine an vielen Stellen nicht geähmte Verwendung.

JVF: Für mich ist die Funktion von Geld als Mittel für die eigene Unabhängigkeit, zur Verwirklichung von gesellschaftlichen – auch feministischen – Anliegen und zur Stärkung von jungen Frauen wichtig. Bei letzterem gibt es viele Möglichkeiten: von Stipendien über finanzielle Unterstützung für die Kinderbetreuung, um Frauen die nötige Rückendeckung für ihre Ausbildung oder Berufstätigkeit zu geben, bis zur gezielten Unterstützung von gemeinnützigen Projekten von Frauen. Ich kenne eine ganze Reihe sehr engagierter Frauen, die solche Projekte initiiert haben und sie professionell umsetzen und damit außerordentlich positiv und wirksam zum gesellschaftlichen Wandel beitragen.

Schützen hohe Gehälter und Vermögen vor Diskriminierungserfahrungen? Sind etwa Frauen mit Geld besser geschützt vor Sexismus, oder bleibt der Grad der Verwundbarkeit gleich?

JVF: Nach meiner Beobachtung und Erfahrung schützen materielle Ressourcen nicht per se vor Sexismus oder Diskriminierung. Das belegen meines Wissens auch Studien etwa bezüglich häuslicher Gewalt gegen Frauen. Andererseits ermöglichen es materielle Ressourcen, sich zur Wehr zu setzen oder diskriminierenden Erfahrungen aus dem Weg zu gehen, etwa durch Kündigung eines sexistisch geprägten Arbeitsverhältnisses. Oder durch Anmieten

einer eigenen Wohnung, um sich einem gewalttätigen Partner zu entziehen. Dafür braucht man die nötigen Mittel. Das nötige Geld zu haben, bedeutet nach meiner Beobachtung aber nicht unbedingt, dass es den Frauen dann leicht fällt sich zu schützen. Denn auch die psychischen Ressourcen und unterstützenden Netzwerke sind extrem wichtig. Es wäre ein interessantes Forschungsfeld, sich die Zusammenhänge zwischen materiellem Wohlstand und tragfähigen Netzwerken genauer anzuschauen.

MCS: Die Verwundbarkeit ist ja immer dann am größten, wenn frau nicht damit rechnet. Den „Überraschungseffekt“ können auch materielle Ressourcen kaum lindern.

Sind Spenden für Sie ein Thema? Unterstützen Sie selbst feministische Initiativen oder Organisationen finanziell?

JVF: Das ist für mich ein wichtiges Thema. Ohne dass ich das für mich ausdrücklich als Ziel formuliert hätte, ist mein Spenden-Engagement eigentlich fast immer im weitesten Sinne feministisch orientiert. Zurzeit fördere ich als sog. Visionary das bereits erwähnte Centre for Feminist Foreign Policy und die Organisation Fair Share for Women Leaders, die sich für mehr Diversität in der Führung von Non-Profit-Organisationen einsetzt. Das sind sehr konkrete feministische Anliegen. Aber auch im Kulturbereich liegt mir daran, dass von Frauen geleitete Institutionen Sichtbarkeit erhalten, dass Künstlerinnen Arbeiten verkaufen und ausstellen können, dass Bücher von Fotografinnen erscheinen können. Mir ist es einfach wichtig, Projekte zu ermöglichen, die von Frauen initiiert wurden, und die Initiatorinnen zu stärken. Und es ist schön, Frauen finanziellen Rückenwind für die Verwirklichung ihrer Ideen zu geben, es ist inhaltlich anregend und es macht mir Freude. Ich vermute, dass Männer in vergleichbarer Situation bessere und ressourcenstärkere (männliche) Netzwerke haben bzw. auftun können, so dass die Förderung von Frauen durch Frauen notwendig ist, um Frauen die verdiente Sichtbarkeit, den verdienten Erfolg zu verschaffen.

CHD: Ja, auch mir ist es ein Anliegen, Frauen zu unterstützen. So habe ich immer junge intelligente Frauen nach Kräften gefördert, ihnen herausfordernde Aufstiegspositionen übertragen und ihnen geholfen sowie den Rücken gestärkt, wenn es darum ging, noch weiter die Karriereleiter hochzusteigen oder sich auf eine herausgehobene anderweitige Stelle zu bewerben. Neben vielen anderen Spenden unterstütze ich seit einiger Zeit die „Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen“ in Frankfurt, indem ich dieser Institution nicht nur mit Rat und Tat zur Seite stehe, sondern Jahr für Jahr eine Stelle für eine Verwaltungsangestellte finanziere, damit die Sozialarbeiterinnen von Verwaltungsarbeiten entlastet werden und sich noch intensiver ihren Klientinnen zuwenden können. Ich tue dies, weil Frauen, die aus der Haft entlassen werden, mit noch weit größeren Problemen zu kämpfen haben als haftentlassene Männer. Denn sie sind oftmals in ihrer Jugend selbst Opfer von Gewalt gewesen, können weit weniger in ihre Familien zurück und haben Kinder, um die sie sich allein kümmern müssen und wollen. Zudem werden sie meistens noch mehr für ihr abweichendes Verhalten missbilligt, was dazu führt, dass an Einrichtungen, die sich um diese Frauen kümmern, sehr wenig Spenden fließen.

MCS: Ich spende an die Organisationen und bin Mitglied in den gemeinnützigen Vereinen, die meinen Weg ermöglicht haben.

Konkret, wenn es um Spenden geht, ist für mich der Zugang über das Thema oder das gemeinsame Erlebnis leichter als über das Frausein allein. Aber selbstverständlich bin ich Mitfrau im Deutschen Juristinnenbund e.V.

Welche Beziehung haben Sie zu dem gespendeten Geld? Kontrollieren Sie, was damit passiert, knüpfen Sie bestimmte Erwartungen an Ihre Spenden?

JVF: Natürlich gehe ich davon aus, dass das Geld so verwendet wird, wie es abgesprochen war. Wenn ich eine Organisation fördere, weil ich ihre Arbeit insgesamt schätze und unterstütze, bevorzuge ich freie Spenden, weil ich darauf vertraue, dass die in der Organisation handelnden Personen am besten einschätzen können, wofür das Geld am besten verwendet werden sollte, um ihre Arbeit wirksam zu machen. Ich finde es nicht sinnvoll, mich im Detail einzumischen oder zu versuchen, der Arbeit einer geförderten Organisation meinen Stempel und meine Präferenzen aufzudrücken. Bei zweckgebundenen Spenden – etwa für eine bestimmte Buchproduktion – ist das aus der Natur der Sache heraus natürlich etwas anders, aber im Grunde erwarte ich in allen Fällen nichts weiter als einen verantwortungsvollen Umgang mit dem von mir gespendeten Geld. Nicht mehr, auch keine besondere Dankbarkeit. In dieser Erwartung bin ich auch noch nie enttäuscht worden, eher im Gegenteil immer wieder positiv überrascht.

CHD: Ich spende, wenn ich die Arbeit von Personen oder Organisationen für gut und förderungswürdig halte. Insofern ist mir dann auch wichtig zu erfahren, was mit dem Geld geschieht, aber nicht im Detail, also nicht durch Vorgaben oder Anweisungen. Es reicht, sich bei größeren gemeinnützigen Organisationen die Geschäftsberichte durchzulesen und zu sehen, wofür das Geld verwendet wird. Und ansonsten mit den Verantwortlichen in Kontakt zu bleiben und, wenn erwünscht, Rat zu geben. Damit habe ich bisher gute Erfahrungen gemacht.

Spielt es eine Rolle, woher das Geld kommt? Sind bspw. mit einem Erbe aus nationalsozialistischem Vermögen bestimmte Verantwortlichkeiten verbunden, oder kann ein feministischer Verein eine Spende von einem Großkonzern annehmen?

JVF: Natürlich muss man die Frage nach der Herkunft des Geldes stellen. Gerade im ersten Beispielsfall kann das bedeuten, dass solche Erben moralische Verpflichtungen treffen, die ihre Freiheit im Umgang mit diesem Erbe erheblich einschränken. Ich sehe keinen Grundwiderspruch zwischen Feminismus und Unternehmertum, so dass ein feministischer Verein aus meiner Sicht unproblematisch eine Spende von einem Großkonzern annehmen kann. Voraussetzung ist dafür, dass dieses Geld wirklich freigiebig gegeben wird und keine den Zweck des Vereins kompromittierenden Bedingungen daran geknüpft sind. Zusätzlich hilft Transparenz.

CHD: Geld kann durchaus stinken, wenn es durch Unrechts-handlungen angeeignet wurde. Da ist es eine Sache des Anstands und der Moral, solcher Art zu Unrecht erworbenes Erbe wenn möglich zurück an vorige Eigentümer zu geben. Aber warum sollte ein feministischer Verein es ablehnen, eine Spende von einem Großkonzern anzunehmen? Mir fallen da nur zwei triftige Gründe ein: Der Konzern ist frauenfeindlich eingestellt, aber dann wird er

wohl nicht gerade gegenüber einem feministischen Verein spen-dabel sein. Oder es werden vom Konzern Bedingungen an die Spendenvergabe gestellt, die der Verein nicht akzeptieren kann. Ansonsten sehe ich kein Problem bei einer solchen Spende.

MCS: Wie meine Vorrednerinnen denke ich, Geld kann durchaus stinken. Wie das genau gehandhabt wird, muss aber jeder* m selbst überlassen werden. Es ist legitim kein „stinkendes Geld“ annehmen zu wollen. Ich sehe auch, wie es sich lohnen kann, sich auf das Ziel zu orientieren und zu sagen, allein darauf kommt es an. Es klingt hier die Befürchtung an, „complicit“ zu werden. Ich bin eher eine Freundin der zielorientierten Lösung und sage, es ist wichtiger, was mit der Spende gemacht wird, als woher sie kommt. Eine pragmatische Lösung kann sehr charmant sein!

Wie weit sollte der Staat individuelles Vermögen regulieren? Was halten Sie beispielsweise von der Einführung einer Vermögenssteuer?

CHD: Ich halte mehr davon, den Steuersatz der Einkommenssteuer für Vielverdiener zu erhöhen und bei der Erbschaftssteuer deutlich höher abzuschöpfen. Letzteres hätte vielleicht auch den Effekt, dass zu Lebzeiten mehr gestiftet und gespendet wird.

JVF: Begrenzungen und daraus folgende Abschöpfung individuellen Vermögens sind m.E. zunächst mal keine feministischen, sondern sozialpolitische bis sozialistische Ansätze. Gerade die Vermögenssteuer ist ein hochpolitisches Problem und nach meiner Einschätzung hätte sie mehr Nach- als Vorteile. Den Vorschlägen von *Christine Hohmann-Dennhardt* einer höheren Einkommensteuer für Vielverdiener (gekoppelt mit klugen Steuern auf Finanztransaktionen und Spekulationsgeschäfte) und einer höheren Erbschaftsteuer kann ich mich anschließen.

MCS: Individuelles Vermögen sollte nicht begrenzt werden, aber natürlich besteuert und da ist sicher noch Gestaltungsspielraum, wie hier schon anklingt. Wie konkrete Maßnahmen aussehen, ist eine Frage der Machbarkeit. So mag die Vermögenssteuer sicher ihre Berechtigung haben – vor allem vor dem Hintergrund, dass sich in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich seit den 1990er Jahren jedes Jahr weiter öffnet. Allerdings scheitert sie nach dem, was ich bisher gesehen habe, an der Umsetzbarkeit. Mein Fokus liegt eher darauf, was der Staat mit den Steuergeldern macht und ob er seinen fiskalischen Spielraum auch ausnutzt. Hier geht es vor allem um nachhaltige und langfristige Investitionen, die aus meiner Sicht ein besonders wirksames Mittel gegen Ungleichheit sind.

Wenn Sie sich entscheiden müssten: Sollten finanzielle Ressourcen eher über staatlich vorgegebene Mechanismen umverteilt werden (Steuern), oder über die persönlichen Präferenzen vermögender Individuen (feministische Spenderinnen/Stiftungen)?

MCS: Das ist für mich kein Alternativverhältnis. Die beiden genannten Mechanismen sind komplementär. Ressourcen sollten aber nicht nur auf diesen beiden Wegen verteilt werden! Da wäre die persönliche Freiheit aller Bürger*innen sehr eingeschränkt.

JVF: Wir brauchen (natürlich) beides: Einen gut finanzierten Staat, der die notwendigen staatlichen Aufgaben gut erfüllen kann und alle BürgerInnen auf vernünftige Weise sozial absichert. Im Sozialbereich sollte der Staat mehr auf das Prinzip der Selbster-

mächtigung setzen, weniger auf kleinteilige Regulierungen, die oft vor allem bevormundend sind. Um den feministischen Faden wieder aufzugreifen, brauchen wir bei Regulierungen, gerade im Sozialbereich, einen viel kritischeren Blick darauf, wie sie sich auf die Lebensrealität von Frauen auswirken. Das kommt nach meinem Eindruck trotz aller Bekenntnisse zu Gender Mainstreaming viel zu kurz. Hier hat der Staat wichtige Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Ich meine aber nicht, dass Umverteilung – d.h. die Entscheidung darüber, wem welche privaten Ressourcen zustehen sollen – zu den Aufgaben des Staates gehört oder dass eine Regierung diese Aufgabe gut erfüllen könnte. Das gilt ganz allgemein, nicht nur im Bereich des Feminismus.

Für mich sollte dem die staatlichen Aufgaben effizient erfüllenden Staat eine starke Zivilgesellschaft gegenüberstehen, die flexibel und auf die individuellen konkreten Bedürfnisse eingehend das Zusammenleben in unserer Gesellschaft mitgestaltet. Es gibt eine vielfältige Landschaft von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Stiftungen, SpenderInnen und anderen Initiativen, die ein extrem wichtiger und stabilisierender Pfeiler der Gesellschaft sind. Der große Vorteil der Zivilgesellschaft ist, dass sie viel flexibler und innovativer agieren kann als der Staat (und das gilt auch für die vielfältigen feministischen Anliegen in der Gesellschaft). Meines Erachtens sind die persönlichen Präferenzen der GeldgeberInnen kein grundsätzliches Problem, weil es in der Praxis eine große Bandbreite von Präferenzen und individuellen Prioritäten gibt, was bedeutet, dass es eine entsprechend große Bandbreite vielfältigster Projekte und Organisationen gibt, die gefördert und umgesetzt werden. Wenn man so will, funktioniert der „Markt“ hier sehr gut. Privates Geld schafft hier mehr Diversität, individuelle kulturelle Freiräume und gesellschaftliche – auch feministische – Experimentier- und Kraftfelder, als der Staat es je könnte. Im Grunde geht es hier um Freiheit.

CHD: Ich bin der Meinung, dass in einer Demokratie zunächst einmal der Staat über ausreichende Ressourcen verfügen und sich über Steuern verschaffen muss, um seine ihm nach der Verfassung zugewiesenen Aufgaben erfüllen zu können. Dazu zählen z.B. eine gute und allen zugängliche Infrastruktur (Verkehrsnetze, Versorgung mit Energie und natürlichen Ressourcen etc.), eine flächendeckende Gesundheitsversorgung, ein durchlässiges Bildungssystem mit Schulen und Universitäten, facettenreiche Kultur- und Sporteinrichtungen und auch die Sorge um einen gerechten sozialen Ausgleich. Wie dies bewältigt wird und welche Prioritäten dabei zum gemeinsen Wohl gesetzt werden, hat sich im demokratischen Prozess herauszubilden. Damit ist aber kein „Entweder-oder“ verbunden und schließt nicht aus, dass vermögende Individuen mit Spenden, Investitionen oder Stiftungen ihren Beitrag zum Gemeinwohl mit eigener Schwerpunktsetzung leisten. Im Gegenteil, wer hier Verantwortung übernimmt und Lücken z.B. bei der Behebung der noch immer bestehenden Benachteiligung von Frauen schließt, die vom Staat vernachlässigt werden, der macht sich verdient um unser aller Wohl, nicht nur um das der Frauen.

Zum Ende möchte ich gerne noch einmal eine ganz grundsätzliche Frage aufwerfen. Der Ansatz, als Frau in die kapitalgeprägten Kontexte hineinzugehen und selbstbewusst die gleichen

Forderungen zu stellen wie Männer, ist plausibel. Andererseits werden die grundlegenden Strukturen, die Ungleichheiten produzieren und aufrechterhalten, damit ja nicht verändert.

Wie gehen Sie mit dieser Ambivalenz um?

JVF: Hier sind wir im Kern der (anti-)kapitalistischen Grunddebatte, durchaus ein kleiner roter Faden dieser Diskussion. Ich meine nicht, dass Feminismus und ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft sich ausschließen oder im Widerspruch stehen müssen! Natürlich kann man über die richtige Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft streiten und gibt es Korrekturbedarf, wie etwa die schlechte Bezahlung der Pflegeberufe. Ich halte dieses System als Wirtschaftsordnung jedoch für besser als alle bekannten Alternativen. Daher teile ich den in der Frage implizierten Ansatz nicht, als Feministin müsste ich das „kapitalgeprägte patriarchalische System“ umstürzen wollen. Mit Ambivalenzen müssen wir immer und in allen Bereichen umgehen – Verantwortung und Respekt können da als Leitplanken dienen.

Nach meinem Verständnis umfasst Feminismus als Herrschaftskritik auch eine Kritik an kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen. – Für Sie nicht?

JVF: Es geht mir nicht darum, das Wirtschaftssystem nicht zu kritisieren – es gibt an vielen Stellen großen Reformbedarf, auch und gerade unter einer feministischen Perspektive, d.h. mit der Fragestellung, wie eine auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtete Wirtschaft aussehen sollte. Aber auch darüber hinaus, wie in und mit der Wirtschaft Chancengerechtigkeit gelebt werden kann und wie Wirtschaft und Gesellschaft interagieren. Womit ich nichts anfangen kann, ist die reflexhafte aus den 60ern stammende Verbindung von Feminismus und Antikapitalismus, wobei kaum eine inhaltliche Auseinandersetzung mit konkreten wirtschaftspolitischen Themen stattfindet. Feminismus ist für mich zunächst mal kein Wirtschaftssystem. Und eine „Diktatur des Matriarchats“ wünsche ich mir ebenso wenig wie irgendeine andere Diktatur.

CHD: Ich meine, hier gilt es zu differenzieren: Geht es um die Frage nach dem Wirtschaftssystem, dann halte ich mehr von der Markt- als von der Planwirtschaft, die sich dort, wo sie betrieben wurde, letztlich fast immer als autoritär, ja diktatorisch erwiesen

und Armut auch nicht beseitigt hat. Aber auch marktwirtschaftliche Systeme sind zu kritisieren und sozial zu bändigen, was an etlichen Stellen zu wenig passiert, z.B. was dubiose Geschäfte auf den Kapitalmärkten und deren wachsenden Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen, was die noch viel zu wenig an den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen und Familien ausgerichteten Arbeitsbedingungen, was den Abbau von Hierarchien, mehr Mitsprache, eine gerechtere Verteilung des Erwirtschafteten, mehr Berücksichtigung von Gemeinwohlbelangen und noch Etliches mehr betrifft. Das Recht kann hier viel bewirken und zum Besseren, zum Sozialeren führen – es muss nur auch zum Einsatz gebracht werden.

MCS: Vielleicht geht es auch hier um die Befürchtung, „compli-
cit“ zu sein. In einer Gesellschaft, wo wir zwangsläufig alle jeden Tag in Beziehung stehen, gibt es daran grundsätzlich so gut wie keinen Weg vorbei. Jede Person muss damit ihren eigenen Umgang und Frieden finden und für sich selbst die rote Linie abstecken und auch bedenken, wie konkret Alternativen aussehen. Feminismus bedeutet für mich, dass jede Person so sein darf, wie sie es selbst für sich wählt bzw. möchte. Einer Frau, die Feuerwehrfrau werden möchte, sollte diese Wahl offenstehen, genauso wie z.B. einem Mann die Möglichkeit zustehen sollte, den Beruf zu ergreifen, den er möchte, auch wenn es sich dabei um eine typischerweise von Frauen ausgeübte Tätigkeit handelt. Feminismus bedeutet für mich also in erster Linie persönliche Freiheit und Würde für alle Menschen. Das ist nicht nur die Forderung nach rechtlicher Gleichbehandlung. Da geht es auch um die Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen, damit ein Leben in persönlicher Freiheit und Würde möglich ist. Und da sind wir natürlich bei konkreten wirtschaftlichen Forderungen und der Frage, wie wir unser Wirtschaftsleben gestalten wollen und welches Verhalten wir als Gemeinschaft fördern und welches wir sanktionieren wollen. Ich denke, es ist ein Fehler anzunehmen, dass das immer schon im Vorhinein so klar ist. Da gibt es viele Grauzonen, die jede Generation selbst für sich ausloten muss. Auch wir, jetzt wo der technologische Wandel uns innerhalb kurzer Zeit viele große Fragen stellt.

Ich danke Ihnen sehr für das Gespräch.

DOI: 10.5771/1866-377X-2022-1-33

„An Ihrer Studie möchten wir derzeit nicht teilnehmen“ – zur Handhabe geschlechtergerechter Sprache in rechtswissen- schaftlichen Zeitschriften

Hanna Rieß

djb-Mitglied, Berlin

Helene Evers

Mitglied im djb-Arbeitsstab Ausbildung und Beruf, München

I. Die Notwendigkeit geschlechtergerechter Sprache in der rechtswissenschaftlichen Fachdebatte

Wer spricht, bringt etwas aus dem Inneren nach außen. Aus bloßen Gedanken werden hör- oder lesbare Worte, die als solche einen Einfluss auf die Realität haben. Wer spricht und wer gehört wird, besitzt daher Macht. Ebenso spiegeln sich in Diskusio-